

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Donnerstag, den 10. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Prosumer.

Was ist das für eine Regierung?

Diese Frage drängt sich unwillkürlich auf, wenn wir den Hülfe-Minister Grafen Posadowsky dem Grafen Kanitz im Kampfe gegen die „planlose“ Handelsvertragspolitik für Erhöhung der Getreidezölle vor aller Welt sekundieren sehen.

Das hat Graf Posadowsky, als er dieser Tage eine Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates besuchte. Graf Kanitz, der 1894 noch von der Teilnahme an der kaiserlichen Galatafel in auffallendster Form ausgeschlossen wurde, hielt gerade eine vernichtende Rede gegen das bestehende System der Handelsverträge, als Graf Posadowsky erschien. Mühte sich die Anwesenheit eines hohen Regierungsvertreters während dieser Rede, die die „rettende That Caprivi's“ als verhängnisvoll für Deutschland bezeichnete, auffallen, so wuchs das Vertrauen, als der Staatssekretär selbst das Wort ergriff, um den Agrariern die Mittel und Wege zur Ermöglichung höherer Getreidezölle an die Hand zu geben. Der Graf meinte, eine solche Erhöhung werde nur dann durchzuführen sein, wenn die Agrarier den Beweis erbringen wollten, daß das Ausland billigere Produktionskosten habe. Die Zuhörer werden den Wink verstanden haben und die wissenschaftliche Abtheilung des Bundes der Landwirthe dürfte mit entsprechenden Publikationen nicht lange auf sich warten lassen.

Wir sind seitens der Regierung sehr viel gewohnt, aber die Art und Weise, wie hier ein erster Beamter des Reiches unter Preisgabe jeglicher Rücksicht auf die bisherige Handelspolitik des Reiches, auf die Direktiven des Monarchen, der ihn ernannt, den Agrariern Wasser auf ihre Mühle liefert, ist doch wohl noch nicht dagewesen.

Zusicherungen des Reichskanzlers — sprechen wir nicht davon, es sind Diplomatenkunststücke; man kann sie so, man kann sie auch anders auslegen.

Erklärungen in Namen der Regierung — was besagen sie bei dem so häufigen Ministerwechsel! Neue Minister sind an die Worte ihrer Vorgänger nicht gebunden.

Kaiserliche Erlasse und Worte — schade, daß gerade die besten, wir erinnern an die Zusicherung eines Normal-Arbeits-tages, nicht ausgeführt werden.

Darüber verlieren wir kein Wort. Aber daß ein Minister, der sich bewußt ist, welchen Kampf gegen die Agrarier die Durchführung der Handelsverträge der Regierung, dem Monarchen selbst gekostet hat, nach zwei bis drei Jahren schon sich soweit vergessen kann, den Agrariern die Erhöhung des Getreidezölles auf dem Präsentirteller ohne alle Verlausulirung entgegenzubringen, das ist eine bemerkenswerthe Novität des modernsten Kurzes.

Wir wollen nicht davon reden, daß die Caprivi'schen Handelsverträge eine rettende That genannt werden. Aber daran sei erinnert, daß im Volke an dem Worte des Kaisers festgehalten wurde und ward, er könne es nicht dulden, daß den ärmeren Klassen das Brot durch Brotwucher vertheuert werde. Dieses Wort ist kaum vor zwei Jahren gefallen. Die ganze Caprivi'sche Handelspolitik bildete den Inhalt dieses Wortes im Gegensatz zu der Politik der Agrarier, der Brotwucherer. Und heute giebt der Staatssekretär den Agrariern den guten Rath, wie sie es anstellen haben, um zu höheren Getreidezölle zu gelangen. D. h. mit anderen Worten, auf welche Weise eine Vertheuerung des Brotes zu ermöglichen sei. Was soll dieser gute Rathschlag des Grafen Posadowsky an die Herren Agrarier?

Will Graf Posadowsky im Gegensatz zu dem kaiserlichen Worte vom Brotwucher oder trotz dieses Wortes bekunden, daß die Politik der Regierung nicht mehr an die Mahnung des Kaisers sich lehnt, oder will sie im Volke den Glauben an die Nichtigkeit des kaiserlichen Wortes erschüttern? Beides wäre ein Vorgehen, das keineswegs mit der so starken Betonung der monarchischen Grundlage unseres Staatswesens im Einklang stände. An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuteln. Diesen Spruch hat Graf Posadowsky beherzigt. Aber dafür spricht er gleich dem kaiserlichen Worte überhaupt jegliche Verechtigung ab, indem er für eine Erhöhung der Getreidepreise, für eine Vertheuerung des Brotes den Agrariern den gangbarsten Weg zeigt.

Wie dieses Vorgehen des Grafen Posadowsky wirken muß und wirken wird, das werden erst die Wahlen zeigen. Jedenfalls ist heute schon das eine sicher, auf die Regierung ist selbst in den wichtigsten Fragen, deren Entscheidung auf die wirtschaftliche und soziale Gestaltung des ganzen Volkslebens tief einschneidet, nicht der mindeste Verlaß mehr. Fast überschwängliche Begeisterung für das Handelsvertrags-System, energische Bekämpfung der agrarischen Fronte, Verbrennung jeglicher Brotwucherer als Kornwuchers. Plötzlich Personenwechsel in der Regierung und daran anschließend allmähliches, aber entschiedenes Einlenken in agrarische Bahnen, Preisgabe der bisherigen handelspolitischen Ernungenschaften, Liebäugeln mit den Agrariern, schließlich offenes Eintreten für höhere Getreidezölle, offizielle Genehmigung einer Brotwuchererung. Und dieser Umkehrung vollzieht sich in der kurzen Spanne von nur zwei Jahren. Wenn die Regierung mit diesem Frontwechsel ein es erreicht hat und dieses mit tödtlicher Sicherheit, so ist es ein vollständiger Verzicht jeglichen Anspruches auf Autorität. Dem deutschen Volke, dem man vor ein paar Jahren die Verträge Caprivi's mit niedrigeren Getreidezölle als rettende That gepriesen hat, wird die Regierung heute nicht glauben machen können,

daß sie für Deutschlands Landwirtschaft ein Verhängnis waren. Was als Brotwucher gebrandmarkt war, wird heute nicht als vorteilhaft vom Volke anerkannt werden. Man läßt sich schließlich von einem Zauberkünstler vormachen, daß schwarz weiß und weiß schwarz ist, aber einer Regierung wird es nie glücken, dem Volke ein X für ein U auszugeben.

Graf Posadowsky soll aber nicht ohne jeglichen Trost bleiben. Er hat der Monarchie nicht genügt, er hat der Autorität der Regierung durch sein offenes Vorgehen direkt geschadet, aber er hat dem deutschen Volke eine weitere schätzbare Wahlparole in die Hand gegeben, die wie sein Streikerlaß alle anderen Rufe im Streit übertönen wird.

Und so ziehe denn das deutsche Volk in den Wahlkampf auch mit der Parole:

Das deutsche Volk kann es nicht dulden, daß den ärmeren Klassen das Brot durch Brotwucher vertheuert wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, 9. Februar.

Aus dem Reichstage. Von Kiaotschan zu den Handelsverträgen, das war der Weg, den heute die Debatte im Verlaufe der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes nahm. Viel neues vor Ostasten wußten auch die Kolonialschwärmer nicht mehr vorzubringen. Vorläufig befinden sich alle bürgerlichen Parteien noch im Siegesrausch, dem der Ragenjammer ja sicher folgen wird, heute ist aber von dieser Aschermittwochstimmung noch nichts zu merken.

Genosse Bebel nahm noch einmal das Wort, um auf einige falsche Unterstellungen, speziell des Abg. Pässe, zu antworten, dem unser Genosse auch einige recht notwendig erscheinende Belehrungen über die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den von den Kapitalisten vom Auslande eingeschleppten Lohnarbeitern zu theil werden ließ.

Der Abgeordnete Richter brachte das Thema über die Handelsverträge zur Sprache und nun öffneten sich die Schleusen der Interessenbereitsamkeit, die unseren Lesern aus den früheren Zolldebatten her noch in schrecklicher Erinnerung sein wird.

Die Hauptschützjäger Graf Kanitz, v. Stumm, v. Heyl, v. Kardorff und Professor Paasche sangen das Lob der Schutzzöllerei, wobei sich aber doch herausstellte, daß diese Herren zwar alle darin einig sind, die Taschen der Schlot- und Landjunker auf Kosten der Konsumenten noch mehr zu füllen, daß aber über den besten Weg zur Erreichung dieses Zieles auch unter den Vorkämpfern des „Schutzes der nationalen Arbeit“ nicht volle Einigkeit herrscht. Als heifester der Heißsporne zeigte sich Herr v. Heyl, der nichts weniger als die sofortige Kündigung unserer sämtlichen Handelsverträge forderte.

Das ging doch selbst den nationalliberalen Zöllnern zu weit und sie sandten den unvermeidlichen Paasche auf die Tribüne, um die Erklärung abgeben zu lassen, daß der Wortführer Lederfabrikant und Millionär nur für seine Person gesprochen hat.

Zu Lob und Preis der Bismarck'schen Handelspolitik erhob sich Graf Herbert Bismarck, wobei sich der Herr in den schwersten Angriffen gegen den Reichskanzler Caprivi und die damalige Regierung erging. Der verunglückte Staatssekretär brachte es fertig, dem Nachfolger seines Vaters den Vorwurf zu machen, daß er den Apfel der Zwietracht in die Reihen der Interessentenkreise geworfen habe. Für unsere derzeitigen Zustände charakteristisch kann es wohl bezeichnet werden, daß dieser Selbsttritt erfolgen konnte, ohne daß vom Bundesrathstisch aus auch nur ein Wort der Abwehr erfolgte, obwohl doch noch eine ganze Anzahl von Vertretern der einzelnen Regierungen an denselben Plätzen sitzen, von denen aus sie die jetzt so schroff angegriffenen Handelsverträge seinerzeit verteidigten.

Für freiere Grundzüge in der Handelspolitik kämpften die Abgeordneten Dr. Barth, Richter, Köstke und unser Genosse Schoenlauck. Von diesen Rednern wurde auf die nächsten Wahlen hingewiesen und zwar mit gutem Grunde. Wenn die Reichstags-Wähler nicht aufpassen, so können sie sich auf einen Anbruch der Zöllner und Agrarier gefaßt machen, gegen den die Vorgänge von 1878/79 ein reines Kinderspiel waren.

Morgen ist Schwerinstag. Fortsetzung der Debatte über die Vereinsgesetz-Vorlagen.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet heute in erster Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser des Sommers 1897 herbeigeführten Beschädigungen in Verbindung mit einem Antrage Wünsche Schmidlein (St.), worin die Regierung ersucht wird, die Zurückziehung der den Gemeinden im Ueberschwemmungsgebiet zugegangenen Liquidationen derjenigen Truppentheile zu veranlassen, welche Kommandos zu Aufklärungsarbeiten dorthin gesendet haben. Mit der allgemeinen Tendenz der Vorlage war das gesammte Haus einverstanden, doch wurden verschiedene Einzelheiten schärfer kritisiert. So wurde namentlich bemängelt, daß die Regierung bisher nur 1/2 Millionen bewilligt hat und daß auch jetzt nur fünf Millionen gefordert werden, obwohl der Schaden weit größer sei. Auch die Bestimmung der Vorlage, wonach die Kommunen eine Entschädigung bis zu 80 pCt., Privatpersonen hingegen eine solche bis zu 60 pCt. erhalten sollen, rief auf Widerspruch. Ebenso wurde der im Entwurf vorgeschlagene Instanzweg für die Bewilligung der Entschädigungen als kompliziert

und zeitraubend bezeichnet. Die Minister v. Miquel und Frey v. d. Reke suchten alle diese Bedenken zu zerstreuen, erklärten sich jedoch zu Änderungen in der Kommission bereit. Die meisten der etwa 20 Redner, die für die Vorlage eintraten, brachten nur lokale Wünsche zur Sprache. Die Neuwahlen stehen eben vor der Thür. Von allgemeinem Interesse war nur die Rede des Abg. Petocha (S.), der die vielfach ungerechtfertigten und zu hohen Liquidationen mancher zu Aufklärungsarbeiten entsandten Kommandos bemängelte. Da diese Liquidationen rechtlich unanfechtbar sind, andererseits aber die durch die Ueberschwemmungen geschädigten Gemeinden unmöglich so hohe Lasten aufbringen können, so regte der Redner die Erstattung dieser Summen aus Staatsfonds an.

Da noch nicht alle Redner aus den von Ueberschwemmungen heimgesuchten Gebieten gesprochen haben, wird die Debatte morgen fortgesetzt. Insuperdem steht der Etat der Bauverwaltung auf der Tagesordnung.

In der Kretafrage ist ein Zurückweichen Russlands zu verzeichnen. Der Petersburger „Regierungsbote“ bespricht die bisherige Entwicklung der Kretafrage und schließt mit nachfolgender Erklärung:

Nachdem Russland offen dem Sultan und den Großmächten seine Ansicht betreffend die augenblickliche Lage der Kretafrage ausgesprochen hat, besteht es keineswegs weiter auf der von ihm vorgeschlagenen Lösung, falls irgend eine andere europäische Macht irgend einen anderen Ausweg aus der Verwickelung aufstündig macht, welcher den Anforderungen des Sultans, der Mächte und der Kreter gleich genügend, in der Folge die Grundlagen einer endgültigen Lösung der Kretafrage bietet. Einem solchen Vorschlag werde die russische Regierung nicht verfehlen, ihre Zustimmung zu geben. Aber eine derartig verwickelte Aufgabe sei schwer lösbar, deshalb ergreife Russland nicht selbst die Initiative zu neuen Vorschlägen. Indem Russland in den besten Beziehungen zu der Türkei, sowie zu den seinem Vorschlag nicht beistimmenden europäischen Großmächten verbleibt, habe es nicht gegögert, den europäischen Mächten zu erklären, daß es jegliche Verantwortung für die aus einer weiteren Verschärfung der Kretafrage entstehenden Folgen ablehne, sowie, daß es eine gewollmächtige Einsetzung einer Generalgouverneurmacht in keiner Gestalt, auch eine Vermehrung der türkischen Truppen auf der Insel nicht zulassen werde, in keinem Falle an irgend welchen Zwangsmaßnahmen gegen die Kreterer theilnehmen werde, die schon lange genug geduldig auf die endgültige Lösung ihres Schicksals warten.

Zugleich wird gemeldet, der russische Volschaster in Konstantinopel Sinowjew sei beauftragt, den Sultan zu ersuchen, er möge selbst einen fremden Untertanen als Kandidaten vorschlagen.

Das ganze Verhalten Russlands in der Frage der kretischen Kandidatur erweist sich offensichtlich als eingegeben von der Absicht, sich als Schutzhort der orientalischen Christen aufzuspielen und sich die durch seine Stellungnahme vor Jahresfrist verscherten Sympathien bei den Balkanvölkern wiederzugewinnen. Wenn Russland nun auch genöthigt durch den Widerspruch Oesterreich-Ungarns und die einer Ablehnung nahekommende Zurückhaltung Deutschlands, die Kandidatur des Prinzen Georg zu erzwingen sich außer stande sieht, so wird dies ihm weiter nicht besonders unangenehm sein. Denn durch die Schlußsätze der obigen offiziellen Note zeigt die russische Regierung, wie sie die kretische Frage weiter im Flusse zu halten gedenkt, dabei immer sich aufspielend als Schirm der Griechen und Christen.

Es ist ein raffiniertes Spiel, das Russland spielt, und die Neugestaltung und Ordnung der Dinge auf Kreta wird ins Unabsehbare hinausgeschoben. Denn gegen jede andere Kandidatur, die etwa dem Sultan und Oesterreich-Ungarn recht wäre, wird wieder Russland Einwendungen zu machen wissen. Nach einer Mittheilung des „Pester Lloyd“ aus Rom sei das alte Projekt wieder aufgetaucht, einen provisorischen General-Gouverneur zu wählen, ohne die Türkei zu Rathe zu ziehen. Zunächst sollen Schritte gethan werden, um Ruma Drog zur Annahme des Postens zu bewegen; im Falle seiner Ablehnung würde man sich an einen christlichen General oder Admiral wenden. Erst wenn die neue Verwaltung im Gange sein werde, werde man an die Ernennung eines definitiven Gouverneurs gehen und dann werde die Türkei sich hoffentlich so weit in das Unvermeidliche gefunden haben, dem Willen der Mächte sich nicht länger zu widersetzen.

Kurzum, die Lösung dieser Frage ist noch weit in der Ferne. Das famose „europäische Konzert“ ergeht sich in den größten Dissonanzen. Nicht nur daß Deutschland, um mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen zu reden, seine Flöte weggelegt hat, die Pauke, die Trommel, die Trompete miszieren jedes Instrument für sich. Und im Orient geht's nach wie vor drüber und drunter — zur Freude Russlands! —

Zur englischen Oberhand hat Lord Salisbury nun auch über die chinesischen Angelegenheiten, von denen die Thronrede gänzlich schwieg, Mittheilungen gemacht. Er erklärte, daß die Unterhandlungen über die Anleihe noch schweben. Danach scheint die Angabe, die von mehreren Seiten aus Petersburg gemacht wird, daß nämlich die chinesische Regierung auf die Aufnahme einer Anleihe überhaupt verzichtet wolle, doch nicht außer Zweifel zu sein.

Lord Salisbury verbreitet sich auch sonst über seine Politik gegenüber China und den dort interessierten Mächten. Er bezeichnete die kürzliche Anrufung der Kreigs-möglichkeit durch den Schatzkanzler als zu weit gehend. Es sei mit recht gegen die Idee, als könnte England seine alten Vertragsrechte und das bisher in China erreichte Maß von Verkehrs-freiheit zerstreuen lassen, protestirt worden; er sage nicht, daß irgend eine europäische Macht eine derartige Idee

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Auf 1, Nr. 1808.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Reichstag.

36. Sitzung, Mittwoch, den 9. Februar 1898, 2 Uhr.

Am Bundesrathliche: v. Bülow. Die zweite Staatsberatung wird beim „Vorwärtigen Amt“ fortgesetzt. Die Diskussion über den Titel Staatssekretär dauert noch fort.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich gehe auf die Ausführungen Bebel's vom gestrigen Tage ein. In betreff des Vergleichs mit dem Jameson'schen Einfall sage ich nur: Quod licet Jovi, non licet bovi. Ich bedauere es, daß unsere parlamentarischen Institutionen es gefaßt haben, in dieser Weise gegen die Autorität der Krone vorzugehen, wie Herr Bebel es gestern that. Doch ich muß konstatieren, daß diese Ausführungen in der ungeheuren Mehrheit des Volkes große Entrüstung hervorgerufen haben. (Bravo! rechts.) Herr Richter meinte gestern, wir seien im Begriff, uns mit einer chinesischen Mauer zu umgeben, wenn unsere Politik in den Bahnen sich fortbewege, die der Landwirtschaftsrath erst neuerdings empfohlen habe. Um diese Behauptung zu widerlegen, geht Redner ausführlich auf die deutsche Handelspolitik der letzten Jahre ein. — Wir dürfen unsere Macht dem Ausland gegenüber beim Abschluß von Handelsverträgen nicht unterschätzen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Förster (Neustadt) (wld. Ant.) kommt auf seine früheren Äußerungen über die Rede des Abg. v. Roschke zurück und giebt zu, daß er vielleicht zu weit gegangen sei, dieselbe als hochverräterisch zu charakterisieren, im wesentlichen müsse er aber nach nochmaliger Prüfung sein damaliges Urtheil durchaus bestätigen.

Abg. Werner (Reform-P.): Ich wundere mich, daß gerade Herr Bebel, als Vertreter der internationalen Arbeiterpartei, auf die Gefahr hinweist, die uns durch die Konkurrenz der chinesischen Arbeiter droht. Im übrigen bin ich durchaus für ein Einwanderungsverbot gegen dieselben. Was die Gewerbung Kantschun's selbst anbelangt, so begrüßen wir das Vorgehen der Regierung nach allen Seiten hin mit großer Freude. Werner geht dann auf eine Zeitungsausschnitt ein, nach der die Konzession für die Spielbank in Monaco auf 50 Jahre verlängert sei. Ich frage die Regierung, ob es nicht möglich ist, dies Piratenstück in Europa endlich zu unterdrücken.

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich komme nochmals auf die monströsen Beschlüsse, die vorgestern unter Führung des Herrn Kanitz gefaßt sind. Wir müssen den Herren sehr dankbar sein, daß Sie so offen ihre Karten auslegen und uns wieder Gelegenheit geben, auf Ihre Politik einzugehen. Sie sprechen von einem System der planlosen Politik, welches die Handelsverträge hervorgerufen hat. Planlos war die Politik des Fürsten Bismarck. Dahin hat Sie uns geführt, daß gegen Deutschland sich immer höher die Zollschranken aufzurichten. Ich habe nicht die Handelsverträge verurtheilt, ich habe nur gewünscht, daß in ihnen noch mehr die alte Politik des Zollvereins verewlicht werden möchte. Wir müssen zu den gesunden Prinzipien zurückkehren, die wir nach dem Jahre 1870 niemals hätten verlassen sollen. Graf Kanitz hat von Oesterreich und Rußland so gesprochen, als ob er von ihnen mehr wüßte als die österreichische und russische Regierung selbst. Was er ausführte, gleich der oft gehörten Behauptung, daß England im Begriff stehe, zum Schutzollsystem sich zu bekehren. Ich will noch bemerken, daß für den österreichischen Handelsvertrag seinerzeit 28 konservative Stimmen, beinahe ebenso viel als sich dagegen erklärt haben. Um für die Exportindustrie zu sorgen, reizen sie alle anderen Staaten, sich gegen dieselbe abzusperren. Wer eine solche Politik bestrawortet, hat nicht den mindesten Begriff von den Beziehungen zwischen Handel und Industrie. Selbst Fürst Bismarck haben Sie da nicht auf Ihrer Seite. Vorschläge, wie sie vom Grafen Kanitz kommen, gehen weit über alles, was jemals in Deutschland bestrawortet worden ist. Man sollte glauben, daß das nur in China möglich ist. Ich bin aber den Chinesen eine Erklärung schuldig: Man hat es mir von Seiten der Chinesen selbst genommen, daß ich unsere Agrarier mit ihnen verglichen habe. (Heiterkeit.) Sie sagen: die chinesische Mauer, die ist nicht von den modernen Chinesen erbaut worden, im Gegentheil, diese wollen sie niederreißen; eure Agrarier aber wollen ja heute sie erst errichten. (Heiterkeit.) Si-Tung-Tschang, der in China etwa dasselbe ist, wie bei Euch Bülow oder Posadowsky (Heiterkeit), hätte nie in den wirtschaftlichen Anschauungen einen Mann gewählt, der, wie Graf Kanitz, einen Antrag eingebracht hat, von dem mit Recht gesagt ist, daß er Brotmischer treibe zum Nachtheil der Kernstien des Volkes. (Beifall links und große Heiterkeit.)

Abg. Graf v. Bismarck-Schönhausen (Sp.): Herr Richter hat die Handelspolitik des Fürsten Bismarck planlos genannt. Ich muß diesen Vorwurf zurückweisen. Fürst Bismarck hat zur Zeit des österreichischen Kaiserbesuchs den Abschluß eines österreichischen Handelsvertrages abgelehnt, ohne daß die Beziehungen Deutschlands zu diesem Nachbarstaat verschlechtert worden wären. Fürst Bismarck hat weitanschauende Pläne gehabt in der Zollpolitik, die aber durch die Krise von 1890, die alles von acht zu acht Tagen in Frage stellte, nicht zur Ausführung gelangen konnten. Gegen Handelsverträge sind wir auf der Rechten natürlich prinzipiell nicht, ist auch Fürst Bismarck niemals gewesen. Es müssen nur günstige Handelsverträge sein, in denen der einzig vernünftige Grundsatz des do ut des (Ich gebe, damit Du gibst) genügend gewahrt ist. Wir freuen uns, daß jetzt vom Regierungstisch die Politik der Sammlung gepredigt wird. Herr v. Miquel hat es dem Fürsten Bismarck mit recht zum Verdienst angerechnet, daß er die beiden Pfeiler der Landwirtschaft und Industrie zusammenzupranken verstanden hat. (Sehr richtig, rechts.) So muß es auch wieder werden. Wir fühlen uns wie Herr Richter als Vertreter der nationalen Produktion und nationalen Arbeit. Ich hoffe, wir werden bei der Berücksichtigung dieser beiden Dinge zum Abschluß günstiger Handelsverträge gelangen und Herr Richter wird dann die Freude erleben, daß viele nicht nur auf der Rechten für diese Handelsverträge eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Sog.): Herr Abg. Haffe hat meine gestrige Rede angegriffen und gemeint, daß Äußerungen, wie ich sie über die auswärtige Politik gethan habe, in keinem Parlament der Welt möglich seien. Darin irrt er sich indes gründlich. Ich brauche nur an die Vorgänge im französischen und österreichischen Parlament zu erinnern, mit denen die Vorgänge hier gar keinen Vergleich aushalten und ebenso ist es in England. Wenn eine englische Regierung Schritte in der auswärtigen Politik unternimmt, mit denen die Opposition nicht einverstanden ist, so wird auch im englischen Parlament eine Kritik geübt, die weit verschieden ist von der im deutschen Reichstag gebräuchlichen. — Herr Abg. Haffe hat weiter behauptet, in meinen Ausführungen über die Gefahr, die in der Einführung chinesischer Nulls und anderer auswärtiger Lohnbrücker Arbeiter für die deutsche Arbeiterklasse liegt, bestehe ein Widerspruch zu unseren Anschauungen über das internationale Proletariat. Offenbar weiß Herr Haffe nicht, was wir unter international verstehen. Wir erkennen mit Hilfe der organisierten Arbeiterklasse aller Länder die Weiterbildung und soziale Befreiung der gesamten Arbeiterklasse. Wir wollen sie fähig machen, überzumeinen an allen Kulturverengungen. Die Unternehmner aber gehen darauf aus, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herunterzubringen, sie wollen verhindern, daß die deutschen Arbeiter sich diejenige Position eringen, die sie ohne die Konkurrenz der fremden Arbeiter erlangen würden. Die deutschen Arbeiter sind bisher gegen die Einfuhr fremder Arbeiter so loyal wie nur möglich aufgetreten, ganz im Gegensatz zu den Arbeitern anderer Länder. Ich brauche nur hinzudeuten auf die Vorgänge, die in Frankreich sich häufig genug ereignen, wo im Norden französische und belgische Arbeiter, im Süden italienische und französische in heftigsten Konflikt geraten. Daß in Deutschland derartige Vorkommnisse sich noch bisher nie er-

eignet haben, ist wesentlich dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei geschuldet. Der Abg. Haffe hat aber darauf hingedeutet, daß möglicherweise durch Gesetz die Einfuhr fremder Arbeiter nach Deutschland verhindert werden müsse. Er wird damit bei seinen eigenen Parteigenossen wenig Erfolg haben, zumal wenn es sich um die Einfuhr polnischer und italienischer Arbeiter handelt. Ob meine Partei bereit sein wird, für ein solches Gesetz, wie Abg. Haffe es angeregt hat, zu stimmen, steht noch sehr in Frage. Noch eins kommt in Betracht. Die deutschen Unternehmer zwingen die deutschen Arbeiter ihrerseits durch die Konkurrenz, die sie ihnen durch fremde Arbeiter bereiten lassen, nach dem Auslande auszuwandern. Gegenwärtig bereits verwenden viele deutsche Schiffsgesellschaften Chinesen an Bord der Schiffe. Die Dampfschiffs-Niederrei von 1889 wendet dabei sogar das schmutzige Verfahren an, daß sie deutsche Arbeiter in Deutschland für drei Monate engagiert und die Leute, wenn die Schiffe in Shanghai angekommen sind, abwarf. Für die Rückfahrt benutzten sie dann chinesische Arbeiter. Die Deutschen aber müssen im Auslande auf eine Gelegenheit warten, wieder in die Heimat zurückzukehren. Auch andere Dampfschiffs-Niederrei folgen diesem Beispiel. Besonders die Hamburger Genossen haben darüber geklagt. So rechneten die Schiffarbeiter darauf, als eine Gesellschaft ihre Forderungen vorzubringen, daß ein Theil ihrer unbeschäftigten Kollegen Beschäftigung an Bord der Schiffe finden würde. Diese Hoffnung ist zu nichte gemacht worden; es wurden chinesische Arbeiter angenommen. Hierzu kommt noch die agrarische Politik, die dem deutschen Arbeiter die Lebensmittel vertheuert und seine Organisation zu verhindern trachtet, durch die er sich aus eigener Kraft eine bessere Lebensstellung zu erlangen versucht. Ich will die Frage der Handelspolitik nur ganz kurz streifen. Ich meine, die deutsche Arbeiterklasse hat allerdings das größte Interesse daran, daß Deutschland auch künftighin auf dem Boden der Handelsvertragspolitik bleibt. Nur dadurch kann der deutsche Ausfuhrhandel aufrecht erhalten und damit der deutschen Arbeiterklasse dauernde Beschäftigung gewahrt werden. Die Beschlüsse des Landwirtschaftsraths, der gegenwärtig tagt, sind direkt handelsvertragsfeindlich gewesen und nicht nur das, auch direkt kulturfeindlich. Wenn die Agrarier so weit gehen, zu behaupten, daß der Bau von Kanälen eine Entfädigung der Landwirtschaft bedeute, so ist das ein Standpunkt, mit dem wir überhaupt nicht mehr die Klauen können. Herr v. Kardorff hat gestern geglaubt, mir vorhalten zu können, die Zahlen meiner Beweisführung seien einer bimetalistischen Schrift entnommen. Ich kenne weder den Verfasser noch den Namen dieser Schrift, die er genannt hat; meine Zahlen stammen aus den verschiedensten Quellen. Was nun meine Schlussfolgerung anlangt, so werden wir ja sehen, was die Zukunft bringt, ob Sie oder wir bei den Wahlen recht behalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Jagdschowitz (Sog.): Der Abg. Förster hat weder damals noch heute den Nachweis gebracht, daß Herr v. Roschke in Lemberg eine standerrätherische Rede gehalten hat.

Abg. Graf v. Kanitz (L.): Was ein Landwirtschaftsrath beschlossen hat, ist dasselbe, was in Frankreich seit 6 Jahren zu recht besteht und allen produktiven Klassen dort zu gute kommt. Wiestlich bestimmt diese Thatsache den Abg. Richter, den Ausdruck „monströse Beschlüsse“ zurückzunehmen. Unsere wichtigsten Handelsinteressen liegen nicht in den zentralen europäischen Staaten, sie liegen in den überseeischen Ländern. Das allein genügt, um die Richter'schen Ausführungen zu entkräften. Herr Richter hat davon gesprochen, daß ich in China in einem wirtschaftlichen Anschauung nicht zu brauchen gewesen wäre. Das glaube ich, dazu bin ich viel zu freihändlerisch gesinnt. Ich sehe im Prinzip auf dem Boden des Freihandels. (Heiterkeit.) Aber der läßt sich erst durchführen, wenn der nationalen Arbeit ein ausreichender Schutz gewahrt ist. (Heiterkeit.)

Abg. Fehr. Seyl zu Herrnsheim (nall.): Der Abg. Richter hat nicht das Recht, immer im Namen der Industrie und der Konsumenten zu sprechen! Ist denn nicht auch die ländliche Bevölkerung ein vermögter Mensch nach dem Auslande interessiert? Die Industrie hat von den Handelsverträgen theilhaftig nicht den Nutzen gehabt, den er erhofft hatte. Graf Kanitz hat keineswegs lediglich das agrarische Interesse vertreten. Die Politik der Sammlung, die er empfohlen, weckt im Volke freudigen Widerhall. (Beifall rechts.)

Abg. Jechen (nall.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Bebel bezüglich Shanghai. Es ist durchaus nicht wahr, daß die chinesischen Arbeiter in den Niederrei als Lohnbrücker gebraucht werden.

Abg. Richter (fr. Sp.): Der Abg. Seyl zu Herrnsheim hat von der Politik der Sammlung gesprochen. Was da gesammelt wird, das sind einige Krise der Bevölkerung zur Ausbeutung der großen Masse des Volkes. Ich habe die Handelspolitik des Fürsten Bismarck planlos genannt. Ich moche da Unterschiede und habe die spätere Politik im Auge gehabt. Fürst Bismarck hat das Verdienst, den deutsch-französischen Handelsvertrag im Jahre 1872 abzuschließen zu haben. Ich sehe noch auf dem Standpunkt dieser bismarck'schen Handelspolitik und nenne sie planvoll. 1879 ist aber Fürst Bismarck Schutzollner geworden und im letzten Jahre seiner Amtsbiligkeit kam wieder eine neue Episode in der Handelspolitik. Das nenne ich planlos. Die deutsche Industrie hat schwer unter der Schutzollpolitik des Fürsten Bismarck gelitten. Deshalb haben sich Graf Caprivi und Herr von Marschall durch ihre Handelsvertragspolitik ein großes Verdienst erworben. (Sehr richtig, links.) Graf Kanitz sprach von Frankreich. Mit ein paar Worten ist der Vergleich mit Frankreich nicht abzu thun. Frankreich hat eine sehr geringe Zunahme der Bevölkerung, in Deutschland nimmt die Bevölkerung jährlich um 1 Pkt. zu. Wie soll denn diese Bevölkerung ernährt werden. (Sehr wahr! links.) Bebel hat mit recht das Verhalten des Landwirtschaftsraths gegenüber den Kanalprojekten gekennzeichnet. Ist das denn wirklich die Ansicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung? Daß man erst Kanäle baut und dann ihre Wirkung wieder aufheben will, das Stückchen gehört nicht nach China, sondern nach Abdera. (Große Heiterkeit.) Es ist doch eigenartig, daß die Opposition allein der Regierung in diesen Fragen konsequent gefolgt ist. In Preußen sind ja andere Minister gekommen, aber in den übrigen Staaten da sitzen ja noch dieselben Herren, die die Handelsvertragspolitik mitgemacht haben. Und keiner von Ihnen, auch nicht die Herren aus den Hansestädten, ergreift hier das Wort. Das heißt dann Kontinuität der Regierung, dann soll die Regierung im Volke noch Autorität haben. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Gerade in der Industrie zollt man noch heute dem Fürsten Bismarck die allergrößte Verehrung. Das ist der beste Beweis gegen die Behauptung des Abg. Richter. Herr Richter meint, mit unserer Politik gehörten wir nach Abdera. Herrn Richter's volkswirtschaftliche Politik gehört nach Schöppenstedt oder Schilda. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Dr. Paasche (nall.): Wir sind heute wie früher Anhänger der Handelsvertrags-Politik. Wir wünschen Tarifverträge, wenn in ihnen die Rechte Deutschlands ausreichend gewahrt sind. Weil einzelne meiner Freunde diese Bedingung nicht voll beim russischen Handelsvertrag erfüllt haben, haben sie gegen ihn gestimmt. Wir haben uns erst neulich durch den Kollegen Friedberg im Abgeordnetenhaus für Tarifverträge ausgesprochen, allerdings unter Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft.

Abg. Richter (fr. Sp.): Im Abgeordnetenhaus hat sich Herr Friedberg weniger für Tarifverträge als für Erhöhung der Kornzölle ausgesprochen. Herr Kardorff verwechselt den Bund der Industriellen mit der gesamten Industrie, letztere begt keine Dankbarkeit für den Fürsten Bismarck. Herr v. Kardorff hat mich nach Schöppenstedt geführt. Ich will bei China, von wo wir ausgegangen sind, bleiben. Eins hat Herr v. Kardorff mit den Chinesen gemein, die Vorliebe für das Silber und die Abneigung gegen das Gold. Dieser Sops hängt ihnen Weiden hinten. Aber während

sich China noch zur Goldwährung bekehren wird, wird sich Herr von Kardorff als letzter Bimetallist mit seinem langen und dicken Sops begabren lassen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Fehr. v. Zimm (Sp.): Herr Richter zieht hier gegen den Schutzoll zu Felde, er sitzt aber hier nur im Reichstage, weil ihn die Schutzollner des Kreises Hagen in der Stichwahl gewählt haben.

Abg. Graf v. Schwerin-Löwisch (L.) wendet sich gegen die vom Abg. Richter an den Beschlüssen des Landwirtschaftsraths geübte Kritik. Wenn andere Länder sich mit chinesischen Mauern umschließen, können wir unser Land nicht offen lassen gegen den Produktionsüberschuß der ganzen Welt. Die Handelsverträge stellen ein einseitiges Rechtsverhältnis dar und deshalb müssen sie so bald als möglich gekündigt werden. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Warth (fr. Sp.): Graf Kanitz und seine Freunde thun so, als ob sie auch die Interessen der Industrie vertreten. Dann müssen ja die Industriellen mit den letzten Handelsverträgen ganz unzufrieden sein. Das gerade Gegenteil aber ist der Fall. Jetzt ist gar Frankreich das gelobte Land. An den Herrn Staatssekretär richte ich die Frage, wie weit die Verhandlungen mit England über die Erneuerung der gekündigten Handelsverträge gediehen sind.

Staatssekretär v. Bülow: Wir haben die Grundrisse unserer Forderungen England übermittelt, die Antwort Englands ist aber noch nicht eingetroffen. Mehr kann ich jetzt nicht sagen.

Abg. Dr. Schoenlank (Sog.): Die Regierung hat bis jetzt auf die Kritiken an den Handelsverträgen nicht reagiert. Nicht einmal der Vertreter der sächsischen Regierung, obgleich der sächsische Minister Reichs im sächsischen Landtage ausdrücklich erklärt hat, daß die Handelsverträge im Interesse Sachsens liegen. Die Statistik hat nachgewiesen, daß im Erzgebirge unter dem Schutzoll eine Entvölkerung stattgefunden hat. (Hört! hört!) Erst nach der Wiedereinführung der Handelsverträge ist dort die Lage günstiger geworden. Wenn Herr v. Hammerstein-Logten sich im preussischen Abgeordnetenhaus zu gunsten der Herren auf der Rechten festlegt, so ist allerdings die Frage erlaubt, ob der Kugelsang von heute auch 1903 noch festhalten wird. (Heiterkeit.) Im übrigen will ich die Konservativen daran erinnern, daß sie nicht immer Hochschützöllner gewesen sind. 1876 hat Herr v. Bebel-Rathow namens der Rechten Schulter an Schulter mit Eugen Richter und Karl Braun-Biesbaden in der Frage der Eisenzölle auf Seiten der Freihändler gekämpft und erklärt, daß man die Arbeiter aus dem nördlichen und östlichen Deutschland, die man in der Blüthe der Eisenindustrie herangezogen hatte, nun bei der Stodung dieser Industrie nicht für die jegliche Roth bezahlen lassen könne. Er äußerte sich damals auch allgemein, daß kein Grund vorliege, die nationale Arbeit in einem Gewerbe zu schähen, wenn dies auf Kosten der übrigen Gewerbe geschehen solle. Die Idee des Schutzes der nationalen Arbeit führe zu einem komplizierten Schutzollsystem, wie es komplizierter kaum gedacht werden könne. Herr v. Bebel sprach auch über die landwirtschaftlichen Zölle und äußerte sich dabei folgendermaßen: „Ferner ist und vorgeworfen, daß auch die Landwirtschaft Schutzzölle genießt. Das ist richtig und auch nicht. Es existiren allerdings Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, das sind Hopfen, Butter, Käse und Schweine. Diese Zölle sind aber keine Finanzzölle, und ich erkläre Ihnen — ich glaube, die deutsche Landwirtschaft hinter mir zu haben —, daß wir bereit sind, diese Zölle jeden Augenblick aufzugeben.“ Dann allerdings ändert sich das Bild. Als die Herren da drüben nicht mehr so exportieren konnten, begannen sie sich auf den großen Subsidienvertrag mit den Großindustriellen vorzubereiten. Denn der ganze Hochschützöll-Tarif von 1879 ist ein Subsidienvertrag mit den Eisenindustriellen. Die politische Situation von damals hat sehr viel Ähnlichkeit mit der von heute. Damals hat man mit dem Sozialistenreden gearbeitet. Heute arbeitet man wieder damit. Herr v. Mantuffel und seine Freunde haben in Dresden das Schlagwort ausgegeben: Gegen die Sozialdemokraten, Graf Posadowsky kommt mit dem Koalitionsvertrage. Man will eine PreSSION auf die Arbeitermassen ausüben, um hinterher in aller Ruhe die Theilung der Beute zwischen den Großunternehmern der Industrie und der Landwirtschaft bei der Lösung der Handelsvertragsfrage vorzunehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Warten wir erst ab, wie die Wahlen ausfallen werden! Die Konservativen, die links von den Konservativen und rechts von den Wählern in die Scheere genommen werden, haben keinen Grund, zu hoffnungsvoll in die Wahlen hinein zu zielen. Die Regierung steht den Agrariern so freundlich gegenüber, daß sie dieselbe Politik predigt oder wenigstens nicht vertheidigt, von der an höchster Stelle gesagt worden ist, sie sei eine große That gewesen. Die Ansichten wechseln, die Regierung schweigt, aber das Volk wird bei den Wahlen die Antwort geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffke (wld. Ant.): Die Herren auf der Rechten sind keineswegs die Vertreter der gesamten Industrie. Ihre Politik, die Ausbeutung der Meißbegünstigtenverträge, würde die deutsche Industrie vor ein Vacuum stellen. Die Sammlung, die dort geplant wird, läuft nur auf eine Bereicherung jener Herren hinaus (auf Kosten der Gesamtheit. (Große Unruhe.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn die Herren konsequent wären, müßten sie an Stelle der Meißbegünstigtenverträge Tarifverträge wünschen, und nicht, wie der Landwirtschaftsrath, autonome Tarife. Was meine Wahl anlangt, so kam die schützöllnerische Stimmung der Wähler nicht mehr in Frage, da doch nur zwei Freihändler einander gegenüberstanden.

Abg. Graf Kanitz (L.): Die deutschen Industriellen sind keineswegs mit den Handelsverträgen zufrieden, es ist nämlich nicht nur die Ausfuhr gestiegen, sondern auch die Einfuhr. Alle preussischen Meißbegünstigtenverträge müßten gekündigt werden; an deren Stelle sollen auf Grund eines autonomen Tarifs neue Tarifverträge geschlossen werden.

Die Debatte wird hierauf geschlossen; das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt; ebenso die Forderungen für das auswärtige Amt selbst.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Auer über das Koalitionsrecht; Anträge Schneider und Dr. Bieder, betr. die Berufsvorrede).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Beratung des Flottengesetzes soll in der Budgetkommission am Montag nächster Woche beginnen.

Die sechste Kommission des Reichstages erledigte heute die wichtigen §§ 713-715a der Novelle zur Zivilprozessordnung, welche die Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen betreffen, wobei die im Entwurf vorgeschlagenen Pfändungsbeschränkungen in mehreren Beziehungen erweitert wurden. Auch soll eine besondere Bestimmung zu gunsten der Wittwen und minderjährigen Waisen getroffen werden. Die Beratungen werden Freitag fortgesetzt.

Das Zentrum hat im Reichstage einen neuen Gesetzentwurf über die eingetragenen Berufsvereine eingebracht. Er enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen:

§ 1. Werden Vereine, welche die Wahrung und Förderung der Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenzreise bezwecken, zur Eintragung in das Vereinsregister angemeldet, so kann die Verwaltungsbekörde gegen die Eintragung nicht aus dem Grunde Einspruch erheben, weil der Verein einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt oder nach dem öffentlichen Vereinsrecht eines Bundesstaates unerlaubt ist oder verboten werden kann. Mit der Eintragung erhält der Name des Vereins den Zusatz „eingetragener Berufsverein“. § 2. Zwecke der Berufsvereine können insbesondere sein: 1. Die Wahrnehmung der Rechte

werden konnten. — Durch den Tod verlor die Organisation 23 Mitglieder, denen die üblichen Spenden zu theil wurden.

Es folgte nun der Kassenbericht vom IV. Quartal 1897. Es betragen die

Einnahmen:		
Kassenbestand am 30. September		38 385,90 M.
Beitragsgeld von 2209 männl. Mitgliedern à 30 Pf.		662,70
47 weibl. " " " " " "		9,40
111 455 Beiträge à 20 Pf.		22 291,—
980 Beiträge à 5 Pf.		49,—
Sonstige Einnahmen		1 181,40
Summa		68 229,40 M.

Ausgaben:		
Reisegeld für 2945 Kilometer à 2 Pf.		58,90 M.
161 Tage à 1 M.		161,—
Rechtschutz		198,65
Streifenunterstützung		5 946,—
Unterstützung nach § 2c		200,—
Außerordentliche Agitation für die Provinz		200,—
An die Hauptkasse eingehend am 3. Nov. und 20. Dez.		12 118,50
Summa		68 229,40 M.

Total-Ausgaben:		
Für Vergütung der Ortsbeamten		1 588,75 M.
Porto- und Schreibmaterialien		180,—
Inferate		498,20
Bibliothekszwecke		297,—
Referate		84,—
Gesamst-Verwaltung		306,65
Zeitungs-Kolportage		185,—
sonstige Ausgaben		8 796,56
Summa		25 764,21 M.

Es verblieb am 31. Dezember 1897 ein Kassenbestand von 87 475,19 M.

Von den Revisoren wurde berichtet, daß sie Kasse und Bücher, sowie sämtliche Belege geprüft und in Ordnung befunden haben; auf Antrag wurde der Revident entlassen.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Renewal der Ortsverwaltung“ lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, dem Revident ein Monatsgeld von 10 M. pro Monat zu bewilligen. Die Verwaltung sah sich zur Stellung dieses Antrages veranlaßt, da der Revident, im Verhältnis zu den anderen Kollegen, welche das gleiche Gehalt beziehen, im Nachtheil sei, weil sämtliche ihm unterlaufende Monats an Marken und baarem Gelde von ihm gedeckt werden müssen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag abgelehnt.

Es wurde nun zur Wahl geschritten; nach mehrmaligen Vorschlägen erklärte sich Litfin bereit, das Amt als Bevollmächtigter weiter führen zu wollen, wünscht jedoch, daß die Mitglieder in offener und ehrlicher Weise ihre Ansichten zum Austrag bringen und nicht immer in verdeckter Form, wie dieses in letzter Zeit so häufig geschehen sei. Litfin wurde hierauf als Bevollmächtigter wiedergewählt. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Siegrist gewählt. Als Revident wurde wieder Pehold vorgeschlagen; derselbe erklärte, daß die Ablehnung des vorherigen Antrages ihn späterhin veranlassen werde, denselben selbst zu stellen.

hente feier zur Motivierung desselben durch angenommenen Geschäftsordnungsantrag verhindert worden. Zur Annahme des Postens erklärte sich P. bereit, die Versammlung wählte denselben wieder als Revident. Zum Schriftführer wurde Stastky und zu Revisoren Freithaler, Runa und Goetsch gewählt.

Der Verband der Maurer, Zehlfelle Berlin I (Pucher) hielt am 6. Februar seine Mitgliederversammlung ab, in welcher das vom Ausschuss und Vorstand beantragte Streitreglement nach kurzer Diskussion mit 161 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Nach dem Bericht des Kassiers betrug die Einnahme im Jahre 1897 7561,17 Mark, welcher eine Ausgabe von 6640,11 Mark gegenübersteht, somit ein Bestand von 621,06 Mark vorhanden ist. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassier entlassen. Als Revisoren wurden gewählt: D. Richter, D. Reumann, A. Pultis. Die Neuwahl der Lohnkommission ergab folgendes Resultat: Dietrich, Kelpin, Lehmsuhl, Ropsch, Reumann, Rohl, Wäsch. Nach Erledigung interner Verbandsangelegenheiten macht der Bevollmächtigte darauf aufmerksam, daß am 23. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet.

Die Filiale Berlin II hielt am Sonntag, den 6. Februar, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Kollege Frisch erstattete Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes im Jahre 1897. Aus demselben geht hervor, daß 32 Mitglieder-Versammlungen stattgefunden haben, in 24 derselben wurden Reserate gehalten, in welchen gewerkschaftliche Thematika mit Erfolg behandelt wurden; ein guter Geist beherrschte die Versammlungen, auch war der Besuch derselben ein reger. Vorstandssitzungen haben 12 stattgefunden, Rechtschutz wurde an fünf Mitglieder gewährt, gestorben sind sieben Kollegen, als letzte Ehre wurden auf den Gräbern Kränze niedergelegt. In Bezug auf Agitation und Organisation, so meint Rechner, müsse festgestellt werden, daß Vorstand sowie Mitglieder ihre volle Schuldigkeit gethan haben, es könne aber behauptet werden, daß noch mehr geleistet werden könnte. Daran sei vielfach der Organisationsstreit schuld. Hierauf gab der Kassier den Kassenbericht vom IV. Quartal 1897. Derselbe ergab eine Einnahme von 5696,91 M., eine Ausgabe von 4850,85 M., mithin verbleibt ein Bestand von 846,06 M. Der Vergütungsfonds ergab eine Einnahme von 105,98 M., eine Ausgabe an drei hilfsbedürftige Kollegen von 80,00 M., verbleibt ein Bestand von 25,98 M. Dem schloß sich die gesammte Jahresabrechnung an, dieselbe ergab folgende Einnahme: 2041 Einflüsse à 0,50 M. gleich 1020,50 M., 58 978 Wochenbeiträge à 0,20 M. gleich 11 795,60 M., für 9 Erbschaften 2,25 M., für Abonnement auf den „Grundstein“ 8 M., vom Streifensfonds überwiesen 2,50 M., dazu der Bestand vom Jahre 1896 von 102,49 M., ergibt die Gesamt-Einnahme von 12 931,34 M. Demgegenüber steht die Ausgabe: An die Hauptkasse gefandt 9494,74 M., für Rechtschutz 162,23 M., für Reise-Unterstützung 48,60 M. Die Lokalverwaltung hat verbraucht für Agitation, Annoncen, Drucksachen, Porto und sonstige Ausgaben 2379,21 M., ergibt die gesammte Ausgabe von 12 084,78 M. Verbleibt am Schluß des Jahres ein Bestand von 846,56 M. Der Vergütungsfonds hatte eine Jahres-Einnahme von 212,78 M., eine Ausgabe an Unterstützung an 9 Kollegen von

186,80 M., verbleibt ein Bestand von 25,98 M. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 928 und ist im Laufe des Jahres auf 2412 gestiegen. Der Monat Januar ergab die Einnahme von 1595,86 M., eine Ausgabe von 574,77 M., verbleibt ein Bestand von 1020,59 M. Einflüsse waren im Laufe des Monats 112 zu verzeichnen. Hierauf wurde dem Kassier, da niemand gegen die Abrechnung etwas einzuwenden hatte, auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Für die Regelung der Geschäfte wurden dem Kassier 75 M. bewilligt. In die örtliche Verwaltung wurden als Bevollmächtigte W. Frisch und Hante, als Kassier Braun und Mischke und als Schriftführer Winkler gewählt; als Revisoren G. Lehmann, P. Mueh und G. Böllner. Als Hilfskassier für die einzelnen Bezirke wurden folgende Kollegen gewählt: Nordosten: H. Herzog, Osten: Ost. Gohle, Südosten: B. Rehdanz, Süden: E. Schulz, Westen: R. Trage, Schöneberg: M. Kirke, Moabit: A. Knappe, Wedding: Ad. Paichle, Norden: Schwensow, Oranienburger Vorstadt: K. Koff. Als Ausschussmitglied wählte man den Kollegen E. Gröppier. Die vom Vorstand und Ausschuss beantragte Statutenänderung wurde einstimmig angenommen.

Nixdorf. Am Mittwoch, den 2. Februar, beschloß sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes mit der Statutenberatung und Anträge zum Verbandstage. Verschiedene Änderungen und Erweiterungen der einzelnen Paragraphen des Statuts wurden als Anträge zum Verbandstag angenommen. Als Kandidat wurde der Kollege Henning aufgestellt.

Geselliger Verein Heliotrop. Heute Abend 8 Uhr bei Senf, Tiefenbachstraße 84, Sitzung.

Theater- und Vergnügungsverein „Edelweiß“. Sitzung heute Abend, 8 Uhr, Neue Poststr. 45 (Restaurant).

Witterungsübersicht vom 9. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf 0. Meterhöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur vom Vortage (0-100° F.)
Swinemünde	759	SWW	1	Schnee	0
Hamburg	762	WNW	1	bedeckt	1
Berlin	759	SW	2	bedeckt	-1
Biesbaden	762	WNW	2	bedeckt	3
München	761	SW	3	Schnee	-1
Wien	761	SW	5	halb bedeckt	-0
Caparanda	772	W	2	bedeckt	-30
Petersburg	763	WNW	1	Schnee	-15
Cort	767	SW	3	wolfig	8
Aberdeen	761	S	2	bedeckt	3
Paris	768	WNW	2	halb bedeckt	2

Wetter-Prognose für Donnerstag, 10. Februar 1898. Ein wenig kälter, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und schwachen nordwestlichen Winden.

Bekanntmachung.

Jahres-Abschluss der
Kasse der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin
für das Jahr 1896
(nebst Abschluss des Reservefonds für das Jahr 1896).

Der Rechnung Kapitel Titel	Einnahme	Ist-Einnahme	
		im Einzelnen M. Pf.	im Ganzen M. Pf.
I	Beitragsleistungen:		
1	Erlös für verkaufte Beitragsmarken	5 429 127	88
	Hiervon ab für vernichtete Beitragsmarken (§ 3 der Vorschriften vom 30. April 1895) bleiben	23 192	56
2	Beiträge für Seeloute	5 405 935	32
	Summa Kapitel I		5 405 935 32
II	Zinsen:		
1	Für Werthpapiere	691 820	95
2	Für Darlehen	157 452	32
3	Für anderweit belegte Gelder	—	—
	Summa Kapitel II		849 272 27
III	Miethe und Pacht aus Grundbesitz	—	—
IV	Zuschüsse aus dem Reservefonds	—	—
V	Erstattung von Rentenzahlungen:		
1	Invalidenrenten	721	60
2	Altersrenten	1 390	56
	Summa Kapitel V		2 121 16
VI	Strafgelder und andere nicht vorgesehene Einnahmen	10 977	33
VII	Erlös für veräußerte Kapitalanlagen	572 466	07
	Summa der Einnahmen		7 143 158 75
	Hierzu:		
	Bestand aus dem Vorjahre	197 445	98
	sind zusammen	7 340 604	73
	ab: Summa der Ausgaben	7 968 028	88
	Mithin Vorschuss	627 424	15

Der Rechnung Kapitel Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe	
		im Einzelnen M. Pf.	im Ganzen M. Pf.
I	Renten:		
1	Invalidenrenten	213 980	78
2	Altersrenten	276 792	53
	Summa Kapitel I		490 773 31
II	Kapitalabfindungen an Anwärter (§ 14 des Gesetzes):		
1	Invalidenrenten	—	—
2	Altersrenten	—	—
	Summa Kapitel II		— —
III	Kosten des Heilverfahrens (§ 12 des Gesetzes)	90 324	56
IV	Erstattung von Beiträgen:		
1	In Fällen der Verheirathung (§ 30 des Gesetzes)	105 197	11
2	In Todesfällen (§ 31 des Gesetzes)	23 098	37
	Summa Kapitel IV		128 295 48
V	Verwaltungskosten:		
1	Gehälter und Remuneration der Beamten mit Abschluss der Kontrollbeamten (zu vgl. Kapitel VIII) und Vergütung für Schreibhülfe	126 207	84
2	Vergütungen, insbesondere Tagelöhner und Reisekosten bezw. Ersatz für baare Auslagen und für entgangenen Arbeitsvordienst. (§ 58 des Gesetzes)		
a)	an Mitglieder des Vorstandes und Anstaltsbeamte	2944,26	M.
b)	an Mitglieder des Ausschusses	414,80	
c)	an Mitglieder des Aufsichtsraths	—	
d)	an Vertrauensmänner	4255,35	
	Summa Titel 2		6914 41
3	Miethe für Geschäftsräume, Aufwendungen für Dienstgrundstücke (Unterhaltungskosten, Steuern etc.) sowie Reinigung, Heizung und Erleuchtung der Geschäftsräume	10 800	79
4	Büreau- und Kassenbedürfnisse, Drucksachen, Porto, Insertionskosten, Buchbinder u. Botenlohn	17 959	02
5	Anschaffung und Unterhaltung der Inventarien	4382	80
6	Beiträge zu Pensions-, Wittwen- und Waisenkassen sowie sonstige Versicherungsbeiträge f. Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung	1094	95
7	Pensionen und Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene	—	—
	Summa Kapitel V		167 339 81
VI	Kosten der Erhebung bei Gewährung oder Entziehung von Renten	4 829	48
VII	Schiedsgerichts- und sonstige Kosten aus Anlass des Berufungs- und Revisionsverfahrens	12 445	54

VIII	Kosten der Beitragserhebung und der Kontrolle:	IX	Kosten der Rechtshilfe (§ 141, Absatz 2 des Gesetzes)	X	Überweisung an den Reservefonds (pro not. in Kapitalanlagen sind 200 058,50 M. überwiesen.)	XI	Andere nicht vorgesehene Ausgaben	XII	Kosten der Erwerbung von Kapitalanlagen	Summa der Ausgaben	
1	Kosten der Quittungskarten, der Beitragsmarken und des Verkaufs der letzteren (§§ 99 und 101, Absatz 3 des Gesetzes)									9 857	50
2	Vergütung an Krankenkassen und andere mit der Einziehung betraute Stellen (§§ 112, Absatz 3 des Gesetzes)									—	—
3	Kosten der Kontrolle (§ 128 des Gesetzes)									27 235	06
	Summa Kapitel VIII										37 092 56
											7 70
											12 307 79
											7 024 022 65
											7 968 028 88

Der Rechnung Kapitel Titel	Einnahme	Ist-Einnahme		Der Rechnung Kapitel Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe	
		im Einzelnen M. Pf.	im Ganzen M. Pf.			im Einzelnen M. Pf.	im Ganzen M. Pf.
I	Zinsen:			I	Inanspruchnahme des Reservefonds (§ 21 Absatz 3 des Gesetzes)		
1	Für Werthpapiere	22 718	44				
2	Für Darlehen	—	—	II	Sonstige Ausgaben		387 —
3	Für anderweit belegte Gelder	—	—	III	Kosten der Erwerbung von Kapitalanlagen		28 801 82
	Summa Kapitel I		22 718 44				
II	Miethe und Pacht aus Grundbesitz	—	—				
III	Überweisungen an den Reservefonds (pro not. in Kapitalanlagen sind überwiesen 200 058,50 M.)	—	—				
IV	Sonstige Einnahmen	—	—				
V	Erlös für veräußerte Kapitalanlagen	3 495	65				
	Summa der Einnahmen		26 214 09				
	Hierzu:						
	Bestand aus dem Vorjahre	18 200	77				
	sind zusammen	44 420	86				
	ab: Summa der Ausgaben	29 188	82				
	Mithin Bestand	15 232	04				

Abschluss II. — Baar.

I. Die Jahresrechnung pro 1896 — Betriebsfonds — schliesst ab mit einem Vorschuss 627 424,15 M.
Die Jahresrechnung pro 1896 — Reservefonds — schliesst ab mit einem Bestande von 15 232,04 M.
mithin Vorschuss (Minus-Bestand) 612 192,11 M.
Hierzu treten die am Schlusse des Jahres 1896 vorhandenen Voreinnahmen mit 690 500,00 M.
sind 78 307,89 M.
In Abzug zu bringen sind dagegen die bis zum Schlusse des Jahres 1896 nicht erstatteten Vorschüsse mit 8 250,00 M.
Am Schlusse des Rechnungsjahres 1896 verbleibt also Baarbestand 70 057,89 M.

II. Nach den Tagebüchern der Kasse haben im Jahre 1896 betragen:

1. Die Einnahmen 18 751 255,21 M.
2. Die Ausgaben 13 681 197,32 M.

Nach den Zu- und Abganglisten haben im Jahre 1896 betragen:

1. Die Einnahmen:

a) Betriebsfonds 29 733 739,67 M.
b) Reservefonds 761 234,22 M.
c) Voreinnahmen 499 147,79 M.

2. Die Ausgaben:

a) Betriebsfonds 970 561,63 M.
b) Reservefonds 3 363,17 M.
c) Voreinnahmen 493 147,90 M.

30 988 121,90 M.

Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1896 Bestand:

a. baar (wie oben) 70 057,89 M.
b. in Werthpapieren u. s. w. 29 521 069,07 M.

29 591 116,96 M.

Vorstehende Rechnungsabschlüsse werden hierdurch gemäss §§ 22 und 24 des Statuts der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin mit dem Bemerkten veröffentlicht, dass die Jahresrechnung für 1896 von dem Ausschusse der Anstalt in der Sitzung vom 10. Dezember 1897 abgenommen worden ist.

Berlin, den 3. Februar 1898.

Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin.
Der Vorstand.
Dr. Freund. Dr. Sträter.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 9. Februar 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: von der Rede, von Miquel und Kommissarien.

Der Gesetzentwurf betreffend die Beseitigung der Hoch- und Wasserschäden kommt zur ersten Lesung. Verbunden wird hiermit der Antrag Bänisch-Schmidlein (skr.) auf Zurückziehung der Liquidationen für die Hilfe der Truppen und um Einbringung einer Entschädigungsvorlage.

Minister v. d. Neke hebt hervor die zahlreichen Fälle warmer Nächstenliebe und uneigennütigen Opfermuthes, die sich beim Rettungswerk sowohl wie bei der Unterstützung der Ueberschwemmten in weiten Kreisen der Bevölkerung in so erfreulicher Weise kund gethan und für die er namens der Regierung danke; besondere Anerkennung verdienet das Verhalten des braven S. Jägers, der nach erfolgreicher Rettungsarbeit seinen Tod in den Fluthen des Sobers fand. (Bravo!) Der Minister bittet, die Vorlage möglichst schnell zur Verabschiedung zu bringen, da noch viel zu thun bleibt.

Abg. Bänisch-Schmidlein (skr.) findet die von der Vorlage bewilligten 5 Millionen viel zu gering, um den vorhandenen Schäden zu decken. Die Schäden sind bei der ersten Schätzung meist zu niedrig taxirt. Durch die Privatansammlungen sind 25 pCt. der Schäden gedeckt. Sogleichige Hilfe ist nöthig, und wir hoffen bald eine zweite Vorlage zu erhalten, um Maßregeln zu treffen, damit die Bewohner der schlesischen Gebirge künftig vor Gefahren geschützt sind. Hierzu sind nöthig Regelung der Wasserläufe und geordnete Ordnung der Räumungspflicht, die der Staat zu übernehmen muß, denn die Privatbesitzer würden durch diese Pflicht ruinirt werden. Schließen hat seit dem 16. Jahrhundert 43 große Ueberschwemmungen gehabt, in diesem Jahrhundert allein 15. Die Hilfe in solchen Fällen ist die Politik des Herzens. Redner empfiehlt Vorberatung durch eine besondere Vier-Kommission.

Abg. Köllchen (l.): Die konservativste Partei ist bereit, mehr zu bewilligen, wenn die geforderten fünf Millionen nicht genügen sollten; wir zweifeln, daß die Vorlage zu einer genügenden Entschädigung ausreichen wird. Der vorgeschlagene Geschäftsgang für das Entschädigungsverfahren ist nicht zweckmäßig; man lasse vor allen Dingen den einzelnen Verwaltungsbeamten die volle freie Initiative. Bevor endgültige Entschädigungen getroffen werden über die Herstellung von Sicherungseinrichtungen, wäre es gut, umfangreiche Berichte zu erfordern, damit sich die Regierung ein klares Bild von den Verhältnissen und ihren Ursachen machen kann und auf Grund dieser Feststellungen die Schutzvorkehrungen getroffen werden können. Wir sind mit solchen Einrichtungen anderen Staaten und namentlich Oesterreich gegenüber weit zurück. Der heutige Geschäftsgang für die Schadenersmittlung und Feststellung ist zu langsam und zeitraubend und eine Verringerung des S 2 erscheint deshalb nöthig. Wir werden diese Verringerung in der Kommission versuchen. Die Hoffnung, daß es möglich sein werde, diese Katastrophen für die Zukunft ganz zu vermeiden, ist unerfüllbar. Bei der Anlage von Thalperren möge man nicht einseitig auf die Interessen der Industrie, sondern auch auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen.

Regierungskommissar Geh. Rath Frhr. Scherr-Thof führt aus, daß nach den bisher an die Regierung ergangenen Gesuchen der Behörden ein Bedürfnis für größere Geldbewilligungen nicht zu folgern ist. An der Aufklärung wird noch fleißig gearbeitet.

Abg. Schlabbig (skr.) beklagt die späte Einbringung der Vorlage.

Minister v. d. Neke: Die Bewilligung einer größeren Summe hat gewöhnlich die Folge, daß die Beschädigten sehr hoch geschätzt werden. Im ganzen werden etwa 11 Millionen zur Deckung der Schäden zur Verfügung stehen. 5 Millionen aus der Vorlage, 1/4 Millionen, die bereits vorschussweise aus bereiteten Mitteln gezahlt sind, ferner 1/2 Millionen, welche die Provinz bewilligt hat; und endlich 3 Millionen der privaten Liebesgaben. Bei der Abschätzung wird man die Privatschädigungen höher setzen, als für öffentliche Beschädigungen. Das Geschäftsverfahren wird so viel wie möglich beschleunigt werden. Die militärischen Liquidationen waren berechtigt und notwendig; den Mannschaften stehen für solche Fälle erhöhte Bezüge zu und es lag doch kein Anlaß vor, unterschiedslos allen Gemeinden die Einstellung zu erlassen; beschädigte und nicht leistungsfähige Gemeinden werden gebührend berücksichtigt werden.

Abg. v. Neumann (l.) hofft, daß der Finanzminister bereit sein werde, noch etwas zuzulegen, wenn dies notwendig erscheint. Redner schildert die gefährlichen Verhältnisse an der oberen Oder, wo seit länger als zehn Jahren Jahr für Jahr durch Hochwasser die Ernten ganz oder theilweise vernichtet werden, ohne daß Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden, obwohl zahlreiche Petitionen an den Minister gerichtet wurden. Es ist bedauerlich, daß bei allen Wasserbauten einseitig die Schiffsahrt-Interessen berücksichtigt werden.

Die Folge ist, daß der blühende Oberbruch verunstaltet und mit seinen Ernten zurückgeht infolge des Dammens, mit dem die Wasserbau-Techniker endlich aufhören sollten, damit wir nicht ruiniert werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Leute müssen ihre Beiträge zahlen, aber Schutz gegen Ueberschwemmungen erhalten sie nicht.

Regierungskommissar Geh. Rath Keller: Von einer einseitigen Bevorzugung oder Förderung der Schiffsahrt-Interessen bei Flussregulirungen kann keine Rede sein.

Regierungskommissar Geh. Rath Frhr. v. Scherr-Thof theilt mit, daß ein neues Regulirungsprojekt für den linksseitigen Warthebruch aufgearbeitet ist.

Abg. v. Toboneck (l.) findet den Fehler bei der Oberregulirung darin, daß diese auf der oberen Oder statt an der Mündung begonnen ist und der sich nicht wieder gut machen läßt.

Finanzminister Dr. v. Miquel: Die Anforderungen der Redner bezüglich der unteren Oder sind ganz begründet, aber unausführbar nach den Gutachten der Techniker; ich halte die Technik nicht im Stande, die Natur in allen Punkten ganz zu bekämpfen. (Sehr richtig!) Immerhin wird sie die Gefahr einschränken können. Die Regulirung und Unterhaltung der kleinen schlesischen Flüsse wird besser von zweckmäßig organisierten Genossenschaften als vom Staate besorgt. Gerade die Vernachlässigung der Flüsse hat das Unglück verschuldet. Ob es möglich sein wird, das Gesetz für die Regulirung der schlesischen Flüsse noch in dieser Session vorzulegen, kann ich noch nicht aussprechen, da eine genügende Uebersicht über die vorzunehmenden Arbeiten noch nicht gewonnen werden kann. Jedenfalls müssen die Ueberschwemmungs-Gefahren ernstlich bekämpft werden. Vielleicht haben Versäumnisse stattgefunden, darüber zu streiten hat keinen Zweck; jedenfalls muß nun um so schneller vorgegangen werden. Bei der Vertheilung der Entschädigungen muß allerdings Rücksicht obwalten, damit nicht Leute, die gut zu reden und laut zu schreien verstehen, reichliche Entschädigungen erhalten, während Bescheidener, die bedürftiger sind, leer ausgehen. Außerdem müßte die Herren bedenken, daß durch zu reichliche Entschädigungen schwerer moralischer Schaden angerichtet werden kann.

Abg. Letocha schildert das Verhalten des Bataillons-Kommandeurs der nach Reize berufenen Pioniere und findet die Art, wie dieser Zahlung von der Stadt forderte, den Verhältnissen wenig angemessen. Auch die Höhe der Liquidationen, in der sich hundert von Kleidungsstücken berechnet finden, bemängelt Redner; es hätte doch wohl genügt, wenn bei den Sachen der Abnutzungswert erstatet worden wäre.

Abg. Seidel-Ditschberg (nall.) veranschaulicht den steigenden Umfang der stetigen Ueberschwemmungen an einem von der Rednertribüne entrollten Papierstreifen, der bis zum Ministertische durch den Saal reicht. Redner versichert, daß die Absicht der Bereicherung aus Anlaß des Hochwassers bei der schlesischen Bevölkerung angegeschlossen ist, und empfiehlt sogleichige Regulirung der verwilderten Flußläufe und Befestigung ihrer Ufer. Die Räumungspflicht kann nur von einem leistungsfähigen Unternehmer, am besten vom Staate erfüllt werden. Redner wünscht die Einrichtung von Fernsprech-Einrichtungen, die bei drohender Hochwassergefahr benutzt werden können, und schließt mit dem Ausdruck des Dankes für alle, die sich zu freiwilligen Gaben entschlossen, namentlich auch für die Stadt Berlin. (Bravo!)

Minister v. d. Neke kann die Ausstellungen Letocha's nicht kontrollieren, hätte aber doch angesichts der allseitig lobend anerkannten Thätigkeit des Militärs gewünscht, daß in der Kritik der Militärkommandos etwas mehr Zurückhaltung geübt worden wäre.

Abg. v. Eichel (l.) wünscht Beschleunigung der Regulierungsarbeiten, auf welche die Bevölkerung sehnsüchtig wartet.

Abg. v. Schenkendorf (nall.) ist zweifelhaft, ob die in der Vorlage bewilligten Mittel ausreichen werden.

Abg. Prof. Rostig (l.) wünscht, daß die Vorlage schneller und reichlicher gelommen wäre. Die Militärkosten müßten sogleich auf die Staatskasse übernommen werden. Auch bei der Vertheilung der Prästationsfähigkeit der Gemeinden solle man nicht zu penibel sein; es werden diesen Gemeinden ohnehin schwere Ausgaben bevorstehen. Erfolgt keine schnelle und planmäßige Befestigung der Ufer, so werden sehr bald neue Ueberschwemmungen weiteren Schaden anrichten.

Nach kurzer weiterer Debatte wird die Verathung auf morgen (Donnerstag) 11 Uhr festgesetzt.

Literarisches.

Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen von Parvus. Preis 25 Pf. Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. Dresden 1898.

Auf Grund seiner Reizartikel in der „Sächs. Arb.-Ztg.“ hat Genosse Parvus eine Broschüre zusammengestellt, welche die Forderungen des Staatssekretärs Tirpitz kritisch bespricht. Der Verfasser giebt eine anschauliche Darstellung der Marineforderungen der Regierung, er

behandelt die Schiffs-Neubauten und Ersatzbauten, ferner das Septemat und Reternat, die Vermehrung des Personals, die wachsenden Kosten der Indiensthaltung. In einem weiteren Kapitel geht er die Gründe durch, welche von den Befürwortern der Flottenvermehrung angeführt zu werden pflegen; er bespricht den Rüstenschuß, ferner die Behauptung, daß eine starke Kriegsmarine zum Schutz der Handelsflotte nöthig sei. Dieses Kapitel läßt aus in Betrachtungen zur auswärtigen Politik Deutschlands und empfiehlt ein engeres Bundesverhältnis mit England, wodurch wir uns die kostspieligen Ausgaben für neue Panzerschiffe würden sparen können. Der dritte und letzte Abkapitel der Broschüre behandelt die Kolonialpolitik und die Arbeiter-Interessen.

Die Broschüre ist interessant geschrieben. Wenn wir auch hinsichtlich mancher der vom Verfasser in seinem letzten Kapitel gestellten Fragen eine andere Auffassung haben, wie aus der Stellung des „Vorwärts“ zu diesen Fragen genügend bekannt ist, so erscheint uns doch die Broschüre von Parvus zur Anschaffung und Lectüre durchaus empfehlenswerth.

Eingelaufene Druckschriften.

- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 10. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir heraus: Ein wenig Wohlpolitik. — Tabakpolitik. — Die neue Schatzkammer. — Die Stellung der Privatbanken und die lex Krone. — Von Dr. Bruno Weichardt. — Die soziale Frage auf der französischen Bühne. Von Dr. Felice Wollf. — Die Lebenshaltung der großstädtischen Arbeiter. Nach den Akten des Hausflügelvereins Frankfurt a. M. — Tagelöhner von Henriette Harth. — Religion: Aktualisierung von Verkörpern. Von W. Herzen. — Prellknoten: Wein erher Erfolg. Aus dem Kleinrussischen von Olyona Pischkova. — Uebersicht von Vladimir Gumnov (Schluß).
- „Der Arbeitermarkt“, Monatschrift der Centralstelle für Arbeitermarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrów) Berlin, Verlag von G. S. Hermann. Die Nummer enthält in Nr. 2: Die Lage des Arbeitermarktes in der Schulpfortuna. — Die wachsende Arbeitslosigkeit. — Tageslohnverhältnisse der Arbeitervermittlungsgesellschaft Frankfurt a. M. — Stadtzentrale in Düsseldorf. — Wohnungs- und Arbeitsnachweise in Köln. — Sozialer Arbeitermarkt in Halleschen; Einrichtung von Arbeitsnachweisen für Schularbeiter und Quallarbeiter in Hamburg; Beugungsorgan in Köln. — Situationsberichte aus einzelnen Städten: Berlin. — Textilindustrie. — Lage des Arbeitermarktes; Dienstvermittlungsstelle in Teufelsbach; Uebersicht am Gesamtmarkt in Berlin; der Arbeitermarkt im Januar. — Mittelstellungen aus deutschen Arbeitermarkts-Berichten: Bericht der öffentlichen Arbeitsvermittlungsgesellschaften der Rhein- und Ruhrgegend; Verband deutscher Arbeitervereine.
- Le Dénouement Social, Revue internationale d'économie, d'histoire et de philosophie. Parait tout les mois en un fasc. de 96 pages gr. in-8. Abonnement annuel: France, 18 fr.; Etranger, 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris. — Sommaire du No. 1 (Janvier). La municipalisation du sol dans les grandes villes. Luigi Einaudi. — Les bases économiques du mariage. Heinrich Canow. — Le mouvement socialiste à Vétranger. — Belgique (Huymans) — Revue des Revues, La Revue Socialiste (H. Lagardelle). — Die neue Zeit (Es). — Critica Sociala (S.). — The Social Democrat (H. H.). — Revue Critique. — Th. Rogers: Travail et salaires en Angleterre depuis le XIII. siècle (P.). — Notes Bibliographiques. — Cooley. — Bassot. — Straza.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (wenn Buchstaben oder eine Zahl angegeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll).

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Freitag und Sonnabend abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt. R. in M. Erfinden Sie sich bei der Schulddeputation des Magistrats. G. B. Franziska Schubert, Dr., wohnt Potsdamerstr. 14. Sprechstunden: 10-12 und 2-4 Uhr. Weitere Adressen siehe Adressbuch. M. A. 87. Wenden Sie sich an die Intendantur der königlichen Schauspielere.

Wettende, Schildhorst. Prinz Albrecht erhält als Regent des Herzogthums Braunschweig 1 125 323 Mk.

Marie, Leika B. Sprechen Sie gefälligst in den Expeditionskunden von 7-9 Brunnenstr. 193 mit Bezug für Ihre Geldsendung vor.

G. W. 32. Da müßten Sie sich schon an einen Postmann wenden.

M. 100. Nur wenn die Sachen Ihnen auch übergeben sind, so sind Sie Eigentümer geworden und können dieselben für sich in Anspruch nehmen. — 304. M. W. Klein. — R. G. Wenn Sie Ihren ersten Wohnort nach Ablauf der Ufer in Berlin haben, so leihen Sie ohne weiteres außer Obereigentumschaft. — G. S. C. Sie sind im Recht, wenn der Schlafstube am 1. eines Monats angesetzt ist. — M. 2. Klage lohnt. — W. H. 66. Ist die Kündigung gefällig auf drei Monate und drei Tage festgelegt, so muß spätestens am 26. Dezember gekündigt werden.

Portier, 52. 1. Das Wechselrecht verfährt in 30 Jahren. 2. Die Aufhebung der Haftstrafe verfährt in zwei Jahren. — G. W. 1. Diebstahl nicht. Gatten Sie das Geld noch nicht an sich genommen, so haften Ihnen der Chef. — Guse. Ihr Brief nicht angekommen. In der Sprechstunde erhalten Sie Auskunft. — Scheiter-Kosmar. Soldat hat Anspruch auf Invalidenpension, den er bei Entlassung geltend machen muß. Pension wird wahrscheinlich auf 6 Mark monatlich bemessen werden. — G. 1. Testament ist nicht gültig. — M. 75. 1. Lohn ist nicht pändbar. 2. Arbeitgeber darf dem Gerichtsvollzieher den Lohn nicht auszahlen. 3. Daß in Ihrem Gemach kein befristetes bare Geld darf Gerichtsvollzieher pänden. — M. 100. Situations der Frau nicht erforderlich. — G. S. Ihr Bruder muß bei der Entlassung erklären, daß er Invalidenansprüche erheben. Tabak waert er sein Recht. — W. H. 17. Wenn Sie nur anzeigen, daß Sie den Betrag nicht haben, der Mann sei nicht eines natürlichen Todes gestorben, so kann Sie kein Recht treffen. Verdächtigen Sie aber keine Person, insbesondere nicht die Frau, den Tod herbeigeführt zu haben.

Aussergewöhnliches Angebot

nur für heute Donnerstag den 10. Februar.

Regenschirme

für Damen und Herren

Gloria mit Futteral 2,60 Mk.

Halbseide mit Futteral u. Paragongestell 3,75 Mk.

Reine Seide mit Futteral u. Paragongestell 5,60 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

